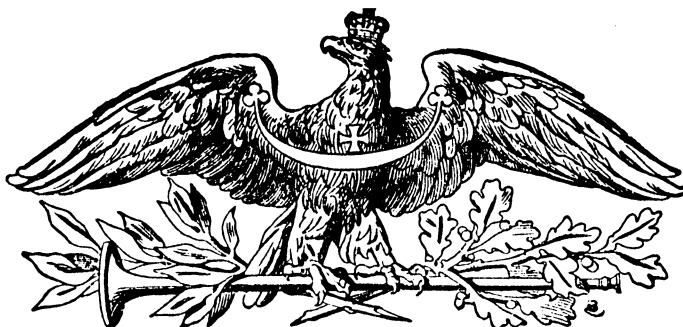




Nr. 87

Bezugspreis für das Vierteljahr in Breslau 5 Mk., frei ins Haus 6 Mk., bei den deutschen Postämtern 6 Mk. Monatsbezug 1,70 Mk., frei ins Haus 2,10 Mk., bei der Post 2 Mk., Wochenbezug in Breslau 40 Pf., frei ins Haus 50 Pf.

Anzeigenannahme und Zeitungsbestellung in der Geschäftsstelle Schweidnitzer Straße 47 (Fernspr. 1944 u. 4416) und in den Zweiggeschäftsstellen Goethestr. 22 (Fernspr. 12427) und Kaiserstr. 17 (Fernspr. 12388). Fernspr. der Red. Nr. 2681, 5722 u. 540 (letzte nur für den Stadtverkehr), der Handelsred. Nr. 4416. — Sprechst. der Red. 10—12 Uhr. — Telegramm-Nr.: Schleifschütz. — Postfachkonto: W. G. G. Korn, Breslau 38.

Breslau, Freitag, den 4 Februar

1916.

Abendblatt.

Fünf feindliche Dampfer versenkt. Marineluftschiff „L 19“ verloren.

W.B. Berlin, 4. Februar. (Amtlich.) Am 31. Januar und am 1. Februar hat ein deutsches Unterseeboot in der Themse-Mündung einen englischen armerierten Wachungsdampfer, einen belgischen und drei englische zu Bewachungszwecken dienende Fischdampfer versenkt.

Das Marine-Luftschiff „L 19“ ist von einer Aufklärungsfahrt nicht zurückgekehrt. Die angestellten Nachforschungen blieben ergebnislos. Das Luftschiff wurde nach einer Reutermeldung am 2. Februar von dem in Grimsby heimatheten Fischdampfer „King Stephen“ in der Nordsee treibend angetroffen. Gondel und Luftschiffkörper teilweise unter Wasser. Die Besatzung befand sich auf dem über Wasser befindlichen Teile des Luftschiffes. Die Bitte, um Rettung, wurde von dem englischen Fischdampfer abgeschlagen, unter dem Vorgeben, daß seine Besatzung schwächer sei, als die des Luftschiffes. Der Fischdampfer kehrte vielmehr nach Grimsby zurück.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Ein Kohlendampfer durch einen Zeppelin versenkt.

W.B. London, 4. Februar. Der Dampfer „Franz Fischer“, der als Kohlendampfer an der Küste fuhr, ist Dienstag nacht von einem Zeppelin, der auf dem Wege von Hartlepool nach London war, versenkt worden. Dreizehn Mann der Besatzung sind ertrunken, drei wurden von einem belgischen Dampfer gerettet. „Franz Fischer“ ist ein erbeutetes feindliches Fahrzeug von 370 Tonnen.

Die Machtbefugnisse des amerikanischen Präsidenten.

§§ Während in der auswärtigen Politik anderer Staaten, auch in der des trotz der Duma noch immer autokratisch regierten Rußland, die Person des Staatsoberhauptes in den Vordergrund tritt, und der Minister des Auswärtigen als Leiter dieser Politik angesehen wird, sieht man in den Meldungen über die auswärtige Politik der Vereinigten Staaten, namentlich auch gerade jetzt in den Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika, die Hand des Präsidenten selbst das Staatsruder lenken. Tatsächlich entspricht dies auch dem Wortlaut und Geiste der Verfassung der Vereinigten Staaten. In dieser ist die Staatsgewalt, soweit sie nicht durch die Volksvertretung, insbesondere den aus Vertretern der einzelnen Staaten gebildeten Senat, ausgeübt wird, in der Hand des Staatsoberhauptes konzentriert. Der Präsident ist nicht, wie in sogenannten parlamentarisch regierten Monarchien, der „Herrscher“ bloße Repräsentationsfigur, sondern wirklich gewählter Vertrauensmann des Volkes und als solcher auch dem Senat nicht nur theoretisch verantwortlich. Es sind bereits mehrere Präsidenten wegen Verletzung der Verfassung oder ihrer Amtspflichten, vor dem Senat als Staatsgerichtshof angeklagt und verurteilt worden, zuletzt der Präsident Johnson. Diesen Verhältnissen entsprechend, sind in der Verfassung die Amtsbefugnisse des Präsidenten sehr groß bemessen; das ihm zur Seite stehende Kabinett hat keine Befugnisse zu fassen, sondern in seinen gemeinsamen Beratungen gewissermaßen nur Gutachten oder Vorschläge für den Präsidenten zu erstatten, die einzelnen „Sekretäre“ (Minister) einschließlich des als Staatssekretär bezeichneten Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, sind nur ausführende Organe des Präsidenten und an seine Anweisungen gebunden. Die oberste Befugnis auf dem Gebiete der auswärtigen Politik, das Recht der Kriegserklärung, ist allerdings in die Hände des Kongresses gelegt, und die dem Präsidenten verliehene Befugnis, Friedens- und andere Verträge zu schließen, die Votschaffer, Gesandten und Konsuln zu ernennen, ist an die Zustimmung des Senats geknüpft. Nur in bezug auf den Empfang von Votschaltern und anderen öffentlichen Gesandten, ist dem Präsidenten in der Verfassung die Ausübung der Exekutivgewalt in auswärtigen Angelegenheiten ohne Kontrolle zugesprochen. Die Verfassung läßt aber der Gesetzgebung einen weiten Spielraum, und bei ihrer weiteren Entwicklung ist die früher vom Kongreß gehandhabte Leitung der auswärtigen Politik, tatsächlich dem Träger der Exekutive überwiesen worden. Bei der Begründung des Staatssekretariats wurde die Aufgabe des Staatssekretärs dahin bestimmt, die ihm vom Präsidenten auf dem Gebiete der auswärtigen Beziehungen aufgetragenen Geschäfte zu versehen. Aus dem Rechte des Präsidenten, zum Empfang der diplomatischen Vertreter der fremden Staaten, hat man ferner für den Präsidenten das schwerwiegende Recht hergeleitet, neu begründete Staaten oder Regierungen anzuerkennen oder ihnen die Anerkennung zu versagen; nur durch Verweigerung der Mittel für eine Gesandtschaft, könnte der Kongreß seinem Widerspruch greifbare Form verleihen. Der Kongreß hat auch gelegentlich durch eine

Amtlicher Bericht über die Kriegslage.

W.B. Großes Hauptquartier, 4. Februar. Westlicher Kriegsschauplatz.

Einer der nordwestlich von Hulluch von uns besetzten Trichter wurde durch eine erneute englische Sprengung verschüttet. Bei Loos und bei Neubville lebhaftes Handgranatenkämpfe.

Die feindliche Artillerie entwickelte an vielen Stellen der Front, besonders in den Argonnen, rege Tätigkeit. Westlich von Marle fiel ein französischer Kampfdoppeldecker, dessen Führer sich verirrt hatte, unbeschert in unsere Hand.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Balkankriegsschauplatz

Unsere Flieger beobachteten im Wardar-Tal südlich der griechischen Grenze und bei der Anlagestelle im Hafen von Saloniki umfangreiche Brände.

Oberste Seeresleitung.

Resolution das Recht in Anspruch genommen, in Sachen der Anerkennung fremder Staaten, wie der auswärtigen Politik überhaupt, dem Willen der Nation entscheidenden Ausdruck zu verleihen. Bisher ist aber die Ausübung des Rechts zur Leitung der auswärtigen Politik seitens des Präsidenten vom Kongreß nie beanstandet, geschweige denn eine seiner Maßregeln rückgängig gemacht worden. Juristisch allerdings vertritt der Präsident die Vereinigten Staaten nach außen hin nicht; wenn ein fremder Staat die Wirksamkeit eines Aktes von der Zustimmung der amerikanischen Regierung abhängig macht, so muß diese von Seiten des Kongresses und nicht nur des Präsidenten erfolgen. Doch ist fremden Staaten nicht das Recht zuerkannt, die Befugnis des Präsidenten in Frage zu stellen, wenn er im Namen der Vereinigten Staaten spricht. Wo der Präsident die alleinige Vertretungsbefugnis nicht besitzt, spricht er dies den anderen Staaten gegenüber aus, namentlich bei Unterhandlungen über Verträge.

Diese, u. a. im Band 12 des Sammelwerkes „Das öffentliche Recht der Gegenwart“ — Das öffentliche Recht der Vereinigten Staaten von Amerika, von Dr. Ernst Freund, Professor der Rechte an der Universität Chicago — dargelegten Rechte und Befugnisse des Präsidenten der Vereinigten Staaten lassen erkennen, welche große Rolle in der auswärtigen Politik der Union die Persönlichkeit des Präsidenten spielt. Die Sinneigung des von einer englischen Mutter stammenden Wilson zu England einerseits, seine theoretische Prinzipienreiterei und Konsequenzmachelei, die man auf seine frühere Tätigkeit als Professor zurückzuführen gewohnt ist, und in der er in dem nur-juristischen Lanfing eine gleichgültige „rechte Hand“ besitzt, haben sich denn auch gerade in den Beziehungen zu Deutschland während des jetzigen Krieges mehr als uns lieb ist geltend gemacht. Wir dürfen dabei ruhig beiden Männern den guten Glauben zugestehen, daß sie nur die Interessen ihres Vaterlandes pflichtgemäß wahrzunehmen überzeugt sind. Daß allerdings während der ersten vierjährigen Amtsperiode eines Präsidenten auch die Rücksicht auf die Wiedewahl, der menschlichen Natur entsprechend, mitspielt, ist nicht zu bezweifeln. Da gewöhnlich die Wiedewahl des Präsidenten für eine dritte Amtsperiode ausgeschlossen ist, werden solche Rücksichten in der zweiten für den Präsidenten selbst als ausgeschlossen gelten dürfen. Wilson ist aber gegenwärtig in der ersten Amtsperiode und möchte gern für eine zweite wiedergewählt werden. Wenn theoretisch nach dem dargelegten Rechtszustande der Präsident innerhalb gewisser Grenzen die auswärtige Politik der Union allein und selbständig zu leiten befugt ist, so ist tatsächlich doch zu beachten, daß die Wahl eines Präsidenten gewöhnlich den Kampf zweier durch Finanzmächte beherrschten Interessengruppen darstellt und der siegreiche Kandidat an die für die Unterstützung seiner Wahl gegebenen Versprechungen gebunden ist.

Die „Appam.“

W.B. Washington, 4. Februar. „Associated Press“ meldet: Staatssekretär Lanfing stellte fest, daß keine Frage darüber sein kann, daß die „Appam“ als Priße zu betrachten ist, daß aber die Frage ihrer weiteren Behandlung noch weiterer Erwägungen der Haager Konvention und des preußisch-amerikanischen Vertrages bedarf. Die Weigerung des Leutnants Berg, die britischen Seeleute, die auf britischen Handelschiffen Kanoniere waren, von Bord gehen zu lassen, wird den Gegenstand weiterer Erwägungen bilden.

W.B. Old-Point-Vomfort (Virginien), 4. Februar. (Meldung des Reutereischen Bureaus.) Neun britische Unterthanen, die von der „Appam“ gelandet worden sind, erklärten, daß die „Möwe“ außer mit Kanonen auch mit zwei Lanzierrohren versehen war. Alle erklärten weiter einstimmig, daß sie gut behandelt worden sind. Sie litten wohl Mangel an Lebensmitteln, aber auch die Prißen-

besatzung habe dies zu fühlen bekommen. Während der letzten zwei Tage sei der Mangel an Lebensmitteln und Wasser sehr groß geworden. Bezüglich der „Möwe“ glauben einige, daß sie ein in ein Kriegsfahrzeug umgewandeltes Handelschiff, andere, daß sie ein ganz neues Schiff sei. Sie habe vier Kanonen vorn und zwei rückwärts geführt, alle mit abnehmbarer Verschönerung maschiert.

Der Dampfer „Elan Mactavish“ wehrte sich, wie erzählt wird, sehr tapfer gegen die „Möwe“. Der Dampfer führte eine sechspfündige Kanone. 15 Mann der Besatzung wurden getötet, viele verwundet, ehe das Schiff nach zwei Explosionen sank. Der Kampf habe ungefähr eine halbe Stunde gedauert. Schließlich langierten die Deutschen zwei Torpedos, die beide trafen, worauf „Elan Mactavish“ überholte und rasch in der Tiefe verschwand.

Der Seefrieg.

W.B. London, 4. Februar. In Plymouth sind der Kapitän und 25 Mann vom englischen Dampfer „Woodfield“ eingetroffen, der am 31. Januar 40 Meilen von Gibraltar von einem deutschen Unterseeboot angegriffen wurde. Nach zweistündigem Kampfe, währenddessen die arabischen Heizer des englischen Dampfers streikten, ging die Besatzung in die Rettungsboote. Der Dampfer wurde hierauf torpediert.

Ein japanischer Dampfer gesunken.

W.B. London, 4. Februar. Stills vom Kap Race, Neufundland, fand ein Zusammenstoß zwischen dem japanischen Dampfer „Takata Maru“ und dem englischen Dampfer „Silverhell“ statt. „Takata Maru“ ist gesunken, „Silverhell“ sehr beschädigt.

Korfu.

§§h. Paris, 4. Februar. „Havas“ meldet aus Saloniki: Die französischen Behörden haben das Achilleion, den Palast des deutschen Kaisers auf Korfu, versiegeln lassen und beschloffen, daselbst in den Nebengebäuden ein serbisches Feldlazarett einzurichten.

Italienische Rekrutierung.

W.B. Bern, 4. Februar. Aus Rom wird gemeldet: Das militärische Amtsblatt enthält eine Sonderverfügung, der zufolge unbeschränkt Beurlaubte der ersten und zweiten Kategorie der nachstehend aufgeführten Klassen und Waffengattungen zum 7. Februar einberufen werden: Jahrgang 1891 der Kavallerie, die Jahrgänge 1882 bis 1884 der Genietruppen und Brückenbauer, die Jahrgänge 1882 bis 1885 der Genietruppen, die für Arbeiten in den Lagunen besonders ausgebildet sind. Ferner werden die der dritten Kategorie mit unbeschränktem Urlaub Angehörigen des Jahrganges 1881 einschließlich der Marinetruppen einberufen, deren Gefeststellungstermin jedoch noch nicht bekannt gegeben ist.

Oberst Houje.

§§h. Paris, 4. Februar. „Havas“ meldet: Der amerikanische Oberst Houje ist gestern von Briand empfangen worden; er hatte eine längere Konferenz mit ihm.

Der neue russische Ministerpräsident.

W.B. „Daily Mail“ meldet aus Petersburg vom 2. Februar: Niemand weiß, weshalb ein alter Bürokrat wie Stürmer an die Spitze des Kabinetts berufen worden ist. Man vermutet allgem. den Grund bilde die Tatsache, daß er ein intimer Freund Goremytins ist. Die Ernennung Stürmers fand einen sehr lauwarmen Empfang in der Presse. Man freut sich über den Abgang Goremytins, aber bewillkommt nicht seinen Nachfolger.

Filipeskus Inspektionsreise nach Rußland.

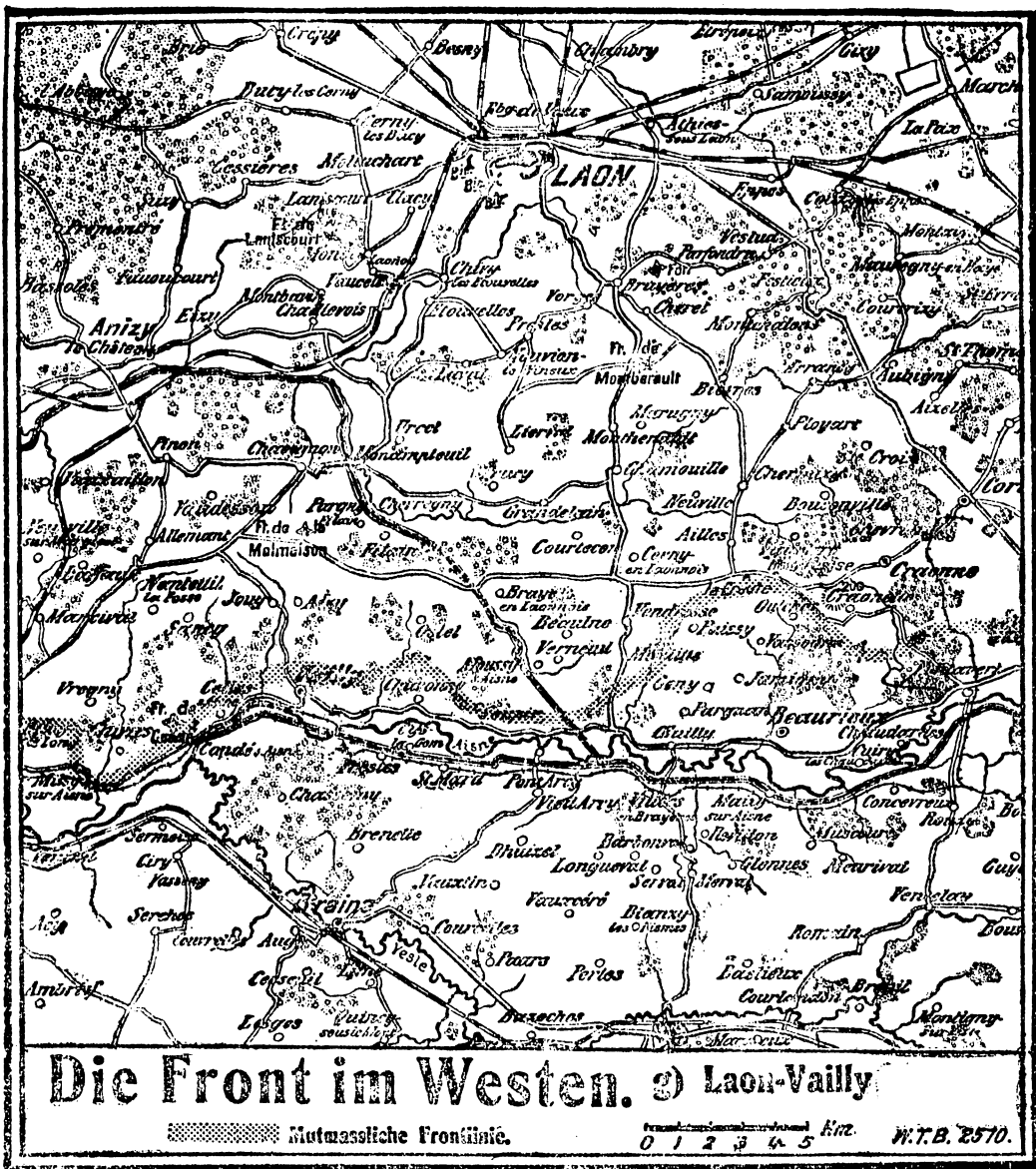
§§ Aus N. u. F. 3. Februar, wird der „N. J. a. M.“ gemeldet: Der bekannte ententefreundliche Politiker und Agitator Filipeskus begibt sich demnächst nach Rußland, um sich persönlich von der Lage des russischen Heeres zu überzeugen. Er wurde schon vor einiger Zeit von den Russen eingeladen, dorthin zu kommen, um ein Bild von dem russischen Heere zu gewinnen. Die Nachricht wird in politischen Kreisen lebhaft erörtert. Nicu Filipeskus wird auch von seinen Gegnern als ein Mann von starker Begabung gewürdigt. Er überschätzt aber seine Begabung erheblich, wenn er glaubt, es so klug anstellen zu können, daß er von den russischen Generalen nicht vorn und hinten angeführt und betrogen wird. Natürlich wird es den Russen ein Leichtes sein, ihm, dem Nichtmilitär, die Lage des russischen Heeres so glänzend wie möglich darzustellen. Der sehr eitle Herr Filipeskus wird sich außerordentlich geschmeichelt fühlen, wird nach seiner Rückkehr den Rumänen Wunderdinge von dem russischen Heere erzählen, und die Russen werden sich ob der gelungenen List ins Zeugnis lassen.

Japan und Rußland.

W.B. London, 4. Februar. Der Direktor des Departements für den fern Osten im russischen Ministerium des Äußeren und Großfürst Georg Michailowitsch sind gestern in Tokio angekommen.

Eine neue Rede Wilsons.

§§ Präsident Wilson sprach, wie der „Frankf. Ztg.“ aus New-York, 2. Februar, mitgeteilt wird, auf seiner Vortagsreise durch den Westen in Des Moines, der Hauptstadt des Staates Iowa, vor einer Versammlung von 10 000 Menschen. Er betonte einerseits die Notwendigkeit der militärischen Bereitschaft, griff aber gleichzeitig die Kriegsbegeisterung an, die das Land in den europäischen Krieg hineintreiben wollten. Hiermit wollte er, wie es in der Meldung heißt, offenbar vor allem Roosevelt treffen. Anscheinend wollte Wilson damit die Deutschen beruhigen, die er in seiner Rede in Milwaukee und in einem Telegramm an die New-Yorker Ungarn der Sympathie beschuldigt hatte.



Zur Frage der österreichisch-ungarischen Sollunion.

Man schreibt der „Deutschen Orient-Korrespondenz“ aus Budapest: In diesen Tagen haben hier vertrauliche Beratungen zwischen Vertretern der großen agrarischen Verbände in Deutschland, Österreich und Ungarn über wirtschaftliche Fragen stattgefunden. Bei diesem Anlaß hat sich der Präsident des Bundes der Landwirte Freiherr von Wangenheim zur Frage eines wirtschaftlichen Zusammenchlusses einem hiesigen Journalisten gegenüber folgendermaßen geäußert:

Wir haben durch den Krieg gelernt, daß wir den Kampf nicht nur mit Waffen, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiete zu führen haben. Ebenso wie für die kriegerischen Maßnahmen gemeinsame Weisungen notwendig sind, ist das auch hinsichtlich der wirtschaftlichen Maßnahmen der Fall. Dieser Krieg wird wohl nicht der letzte sein, den wir gemeinsam führen, deshalb müssen wir bestrebt sein, für spätere Zeiten auch über jene wirtschaftlichen Maßnahmen uns zu verständigen, die sich notwendig erweisen, um unsere Überlegenheit für immer und auf jedem Gebiete zu sichern. Selbstverständlich muß hierbei der Eigenart der Interessen der einzelnen Länder in weitestgehender Weise Rechnung getragen werden. Es darf niemals auch nur der Verdacht aufkommen, daß der eine Teil den Versuch macht, auf Kosten des anderen seine einseitigen Interessen auszuüben. Nur wenn es uns gelingt, eine Verständigung darüber herbeizuführen, wie wir unsere Interessen bestmöglich vereinigen können, wird ein gemeinsames Vorgehen auf wirtschaftlichem Gebiete möglich sein. Es wäre dabei ein großer Fehler, sofort allzu große Forderungen zu stellen, deshalb sollte man nicht mit einem Male zu weit gehen wollen. Wir müssen uns über unser Ziel klar sein, erreichen werden wir es dann leicht Schritt für Schritt. Ein allzu tiefes Eingreifen in die Verhältnisse des anderen wäre ein großer Fehler. Aus dem Gesagten ergibt sich, daß auch ich eine Sollunion nicht für erwünscht halte, sondern eine wirtschaftliche Annäherung herbeiwünsche. Eine Beeinträchtigung der landwirtschaftlichen Interessen Deutschlands glaube ich nicht befürchten zu müssen; denn das Gefagte bezieht sich natürlich auch auf die Landwirtschaft. Die wirtschaftliche Annäherung und deren Einrichtungen müssen eben so getroffen werden, daß keinerlei Beeinträchtigung möglich sei; wir haben nichts von einem größeren agrarischen Export Ungarns zu befürchten, sofern dieser möglich wäre. Die hiesigen Konferenzen wollen über die Grundprinzipien eine Verständigung herbeiführen und eine Fühlungnahme mit den ungarischen und österreichischen Agrariern für das etwaige weitere Zusammenarbeiten ermöglichen. Wir beabsichtigen heute keinerlei Detailfragen zu erörtern.

Aus dem österreichischen Polenlager.

Z. Aus Wien wird uns geschrieben:

Die von den offiziellen polnischen Nachrichtenstellen bereits als Tatsache gemeldete Vereinigung aller österreichisch-polnischen Parteigruppen hat einen Aufschub erfahren. Der Präsident des obersten polnischen Nationalkomitees, Dr. von Jaworski, ist erkrankt, und aus diesen Gründen konnten die abschließenden Beratungen zwischen Polenklub und Nationalkomitee noch nicht stattfinden. In der Zwischenzeit machen die Anhänger des Obmannes des Polenklubs, von Wilinski, Anstrengungen, um die zukünftige Stellung Jaworskis herabzubringen. So haben sie unter anderem auch einen Programmpunkt aufgestellt, nach dem Verhandlungen der neuen Polenvereinigung mit ausländischen Polen, worunter die in den ehemals russischen Gebieten wohnenden Polen zu verstehen sind, nur unter Vermittelung des österreichischen Ministeriums des Äußeren stattfinden dürfen. Mit der Annahme dieses Vorschlages wäre jede Tätigkeit des Nationalkomitees in der Werbung für die polnischen Legionen unterbunden, da man doch dem Ministerium des Äußeren, als einer rein amtlichen Stelle, nicht gut die Werbetätigkeit zuschieben kann. Und gerade auf diesem Gebiete seiner Tätigkeit trägt sich jetzt das Nationalkomitee mit großen Plänen. Auch der bereits gemeldete Eintritt der polnischen Sozialisten in den Polenklub verzögert sich, teils infolge der Erkrankung Jaworskis, mehr aber noch durch die Forderung der Radikaler oder sozialistischen Konservativen, es solle auch den

nationaldemokratischen oder allpolnischen Parteigängern der Wiedereintritt in den Polenklub gewährt werden. Diese Parteigruppe hat seit langer Zeit und noch zu Kriegsbeginn die Idee eines Ausgleiches mit Rußland vertreten. Da sie aber außerdem eine stark clerikale Schattierung hat, so sehen die Radikalen in ihrem Eintritt ein erwünschtes Gegengewicht gegen die Stärkung des demokratischen Einflusses, wie er im Polenklub durch den Eintritt der Sozialisten eintreten muß. Die Sozialisten haben daher den formalen Eintritt bis zur Klärung der Gesamtlage verschoben, mit der Begründung, daß die Unterschriften von zwei Delegierten fehlten, die derzeit im Felde ständen, und die unter allen Umständen abgewartet werden müßten.

Deutsches Eigentum in britischen Besetzungen.

SS Berlin, 2. Februar. Auf eine Anfrage (der „Parteilosen Politischen Korrespondenz“) über die Behandlung deutschen Eigentums in den britischen Kolonien und Besetzungen hat das deutsche Auswärtige Amt am 31. Januar d. J. folgende Antwort erteilt:

Aber die von den Zeitungen gebrachte Mitteilung, daß die Okkupationsmächte Ägyptens eine Zwangsliquidation deutscher Firmen vornimmt, nach deren Abschluß die Geschäftsbücher vernichtet werden, liegen den Auswärtigen Ämte zuverlässige Nachrichten noch nicht vor. Nach Abschnitt 6 der im Dezember 1914 in den Straits Settlements ergangenen Verordnung über feindliche Ausländer (Liquidation) 1914 sind nach Beendigung der Zwangsliquidation von Unternehmungen feindlicher Ausländer oder feindlicher Gesellschaften, deren Bücher, Papiere, Rechnungen und Urkunden, sowie die des Liquidators nach näherer Anweisung des Gouverneurs zu vernichten oder in anderer Weise zu behandeln. Soweit hier bekannt ist, sind die angeordneten Liquidationen noch nicht beendet worden. Es dürfte deshalb die dem Gouverneur vorgehaltene Vorschrift über die endgültige Behandlung der Geschäftsbücher noch nicht erlassen worden sein. In anderen britischen Kolonien sind, soweit sich von hier aus übersehen läßt, Bestimmungen der in Rede stehenden Art nicht ergangen.

Die Kämpfe in Kamerun.

WTB. London, 4. Februar. Amtlich. General Dobell, der Befehlshaber der Truppen in Kamerun, meldet: Eine britische Abteilung besetzte Daingnan (?), nachdem sie den Feind in zwei Gefechten besiegte. Unsere Verluste sind leicht. Eine andere Abteilung hat Lolodorf besetzt. Große feindliche Transporte ziehen fortgesetzt nach Spanisch-Muni.

Spanisch-Guinea.

Das Meuterische Bureau behauptet, nachdem am 1. Januar der deutsche Regierungssitz in Kamerun einer feindlichen Truppe in die Hände gefallen war, hätten der deutsche Gouverneur und der Kommandeur der Schutztruppe über Eboloma, nach Süden ausweichend, spanisches Gebiet erreicht. Dazu schreibt man der „Nöln. Itz.“: Was das nun, was wir in Ermangelung eigener Nachrichten zurzeit noch nicht sagen können, richtig sein oder nicht, so ist doch das erwähnte spanische Gebiet um dessentwillen für uns von besonderem Interesse, weil es das einzige nichtfeindliche Land darstellt, an welches unsere Kamerun-Kolonie anrengt. Dazu kommt, daß die seit dem deutsch-französischen Marokko-Abkommen vom 4. November 1911 ringsum vom deutschen Schutzbereich umschlossene spanische Guinea-Kolonie unseren deutschen Kaufleuten ebenso vertraut ist, wie der eigene Boden von Kamerun. Haben sie doch dort schon früher Handel getrieben und schon früher stattliche Faktoreien besessen, als im größeren Teil von Kamerun.

Das spanische Guinea-Gebiet besitzt an der Mündung des Muni-Flusses einen durch die vorgelagerte Insel Corisco gegen die Brandung geschützten, guten Hafen, aus welchem sich die beiden Inseln Groß-Globy und Klein-Globy erheben. Das letztere, nur einen Quadratkilometer umfassende Eiland stellte schon 1881, als die Annexionsaktivität der Deutschen begann, einen der wichtigsten Stützpunkte des deutschen Handels in Westafrika dar. Auf dem schon damals eine ganze Anzahl schöner Wohn- und Warenhäuser erhaltenen Eiland lebten nur Deutsche, aber außer deren Bediensteten keine Eingeborene. Dem Namen nach waren schon

damals Corisco, Groß-Globy, Klein-Globy und die Mündung des Muni-Flusses spanischer Besitz. Es befand sich aber im ganzen Lande nicht nur kein spanischer Beamter, sondern überhaupt kein Spanier. Es ist damals die ganze Küste des heutigen Spanisch-Guinea, namentlich das Vatta- und Benito-Land, um Schutzbefugnisse abzuschließen und den Franzosen zuvorzukommen, vom Reichskommissar Dr. Nachtigall und einem von der „Nölnischen Zeitung“ entlassenen Korrespondenten durchstreift worden. Als aber Spanien 1885 ein Kriegsschiff entsandte und selbst, auf Grund alter Verträge, auf das Muni-Gebiet Anspruch erhob, hat Deutschland gern seinen Rechten entsagt. So entstand eine neue spanische Kolonie, die, obwohl fast ebenso groß wie die Rheinprovinz, nur gegen 140 000 Eingeborene ernährt. Das Vorkaufsrecht, welches sich Frankreich durch den französisch-spanischen Vertrag vom 27. Januar 1900 gesichert hatte, ist durch einen deutsch-französischen Notenwechsel vom Tage des Marokko-Abkommens (4. November 1911) an Deutschland abgetreten worden.

Jetzt ist natürlich im Muni-Gebiet schon einige Jahrzehnte lang spanische Verwaltung eingerichtet, und es steht auch dort spanisches Kolonialmilitär.

Der Krieg der Türkei.

WTB. Konstantinopel, 4. Februar. Amtlicher Bericht des Hauptquartiers: Keine Veränderung von Wichtigkeit auf allen Fronten.

Verlängerung des norwegischen Integritätsvertrags.

M. Christiania, 2. Februar. Auf Beschluß der norwegischen Regierung soll der im Jahre 1907 mit Deutschland, England, Frankreich und Rußland abgeschlossene Vertrag, durch den diese Mächte Norwegen zum Schutz seiner Integrität beistand leisten wollen, nicht gekündigt werden. Somit läuft der Vertrag, für den die letzte Kündigungsfrist der 6. Februar ist, auf weitere zehn Jahre. Wie der norwegische Minister des Äußeren, Jørgen, in geheimer Stortingsitzung meinte, könnte die Kündigung des Vertrags mitten im Kriege Anlaß zu Mißverständnissen geben, indem die Auffassung entstehen könnte, daß Norwegen in der einen oder anderen Art seine Neutralität aufgeben wolle. Soweit Jørgen.

Der hier in Rede stehende Integritätsvertrag von 1907 war gegen Schweden genügt, wo die seit der Lostrennung Norwegens von Schweden herrschende Stimmung den Norwegern nicht recht geheuer vorkam, obgleich die Haltung, die Schweden f. Z. beim Unionsbruch (1905) an den Tag legte, in Wirklichkeit von einer erstaunlichen Friedfertigkeit zeugte. Deshalb erregte der Abschluß des Vertrags im Jahre 1907 großen Anstoß in Schweden und auch jetzt, wo die norwegische Regierung keine Schritte zur Beseitigung des Vertrags tun will, machen die Schweden wieder ihrem alten Groll gegen Norwegen Luft. Dies ist auch um so begreiflicher, als man meinen müßte, die gegenwärtige Kriegszeit wäre ganz danach angetan, die nordischen Länder eng aneinander zu bringen. Aber dazu bildet der norwegische Integritätsvertrag nichts weniger als das geeignete Mittel. Die Angelegenheit zeigt wieder, wie unendlich weit die nordischen Länder von einem Zusammenwirken entfernt sind. Was den Vertrag selbst betrifft, so ist er natürlich unter den jetzigen Verhältnissen wertlos, und was Deutschland angeht, so hätte dieses sicher nichts dagegen gehabt, wenn Norwegen den Vertrag gekündigt hätte. a

Von neuem Made in Germany!

WTB. London, 3. Februar. (Reuter.) Das Handelsamt veröffentlicht einen Bericht des Subkomitees, das damit beauftragt wird, Schutzmaßnahmen für gewisse Industrien nach dem Kriege vorzuschlagen. Darin wird eine Veränderung der Patentgesetze und deren strengere Handhabung vorgeschlagen. Jeder einzelne in Deutschland oder in Österreich-Ungarn hergestellte Artikel soll mit einer Marke „Made in Germany“ oder „Made in Austria-Hungary“ versehen werden. Es soll den britischen Schiffahrtsgesellschaften verboten werden, von britischen Schiffen höhere Frachttarife zu verlangen, als von nordamerikanischen. Ferner werden verschiedene andere Schutzmaßnahmen für die britischen Erzeugnisse und Vorzugstarife für die britischen Besetzungen und die jetzigen Verbündeten Großbritanniens vorgeschlagen.

Unruhen in Portugal.

WTB. Madrid, 4. Februar. „Imparcial“ erhält Nachrichten, die besagen, daß die Unruhen in Lissabon andauern. In der Tobac-Strasse tötete eine Bombe einen Wachmeister und zwei republikanische Gardisten; die Angreifer wurden durch Rebolverkugeln vertrieben. In einem anderen Viertel explodierten mehrere Bomben und richteten Sachschaden an. Die Behörden ergreifen Vorkehrungsmaßnahmen. Das Palais des Gouverneurs wird von Militär bewacht. Die Sätze des Arbeiterbundes sind von Truppenketten umgeben. Die Ausständigen suchen einen Generallstreik herbeizuführen. Der Verkehr der Straßenbahnen ist eingestellt worden. Alle Verhafteten wurden auf Kriegsschiffen interniert. Die Agitation hat in Setúbal, San Pedro, Portim, Redondo und Montemar zugenommen, wo die Bürgermeister gefoltert und dann hingerichtet wurden, ferner in Aguarantes, Pedroc, Folgario und anderen Orten, wo die Menge in die Kornmagazine der Landwirte eindrang und das Getreide fortschleppte. Truppen sind nach diesen Orten gesandt worden.

Das Eisenerz.

rg. Im Infanterie-Regiment 156 (Deuthen-Larnowitz) haben neuerdings das Eisenerz Kreuz 2. Klasse erhalten:

Leutnant d. L. Geude, die Leutnants Brünig, Wolff, Gander, Fiebig, die Leutnants d. R. Lubos, Adamiek, Feldwebel-Leutnant Altmann und Biela; Unteroffizier d. R. Volkmer, Gefr. d. R. Walter, Gefr. Goldmann, Gefr. d. R. Morawitz, Pöbller und Schroer, Unteroff. Voer, Gefr. Drobek, Sanitäts-Unteroff. Schwierz und Unteroff. d. R. Müller, Musketier Raliga und Nieborowski, Unteroff. Seemann, Gefr. d. R. Weitz, Ref. Luda, Unteroff. Poloczet, Gefr. d. R. Pachtalla und Landwehrm. Röhner, Unteroff. Gärtner, die Unteroff. Birte, Bawelle, Gefr. d. R. Prayjambor, Gefr. d. Ref. Sagawe, Witzfeldw. Offizier-Stellw. Kanaler, Ref. Weger, Sanitäts-Unteroff. Kaczmarek, Unteroff. d. R. Piestronet, Unteroff. d. R. Pusch, Landwehrm. Jajona, Musk. Segert, Unteroff. d. R. Burda, Gefr. Ender, Unteroff. d. R. Heinrich, Gefr. Hornist, Kiemer, Musk. Lorel.

Außerdem sind folgende Auszeichnungen verliehen worden: Das Fremde Gausenteaterkreuz dem Gefr. Pfannenichmidt (12. Komp.), die Großherzogin. Heilige Tapferkeitsmedaille dem Feldwebel-Leutnant Biela (10. Komp.) und dem Ref. Glaub (5. Komp.), das Großherzogin. Sächsisches Allgemeine Ehrenzeichen in Bronze mit Schwertern dem Gefr. Pufürst (3. Komp.)

Aus Russland.

§§h. London, 4. Februar. Aus Petersburg wird gemeldet, daß nach zuverlässiger Information der „Nowoje Wremja“ die Duma am 18. Februar zusammentreten wird.

Sonstige Meldungen.

bbl. Der König von Sachsen in Warschau. König Friedrich August von Sachsen traf am 2. Februar, der „Deutschen Warschauer Zeitung“ zufolge, zu kurzem Aufenthalt im Generalgouvernement Warschau ein, um die Stätten zu besichtigen, auf denen die sächsischen Truppen im vergangenen Jahre siegreich gekämpft hatten.

W. W. Sofia, 3. Februar. Die Abordnung des Komitees zur Verteidigung der Rechte der Toten in Russland, welche bereits die Hauptstädte der Zentralmächte und der neutralen Staaten bereist und deren Regierungen eine Denkschrift über das traurige Los der Russen in Russland überreicht hat, wurde von Nadschikow empfangen und stattete auch den russophilen Parteiführern Danew, Gschow und Malinow Besuche ab. Die Abordnung wird überall bester Aufnahme. Sogar die russophilen Parteiführer sollen die nationalen Ansprüche der Russen in Russland gutgeheißen haben.

§§ Bestimmung in Groß-Berlin. Nach den vorläufigen Berechnungen der Kammer der Abgeordneten wird sich am 1. April eine Erhöhung des Gemeindefiskus zur Staatssteuereinkommensteuer um 20 bis 35 vom Hundert nicht vermeiden lassen. Außerdem ist man, wie weiter mitgeteilt wird, auch in Erwägungen über die Erhöhung der Realsteuern eingetreten. Dabei ist aber von vornherein betont worden, daß die Grundsteuern nicht erhöht werden dürfen, weil die Hausbesitzer unter den Folgen des Krieges an sich schon besonders zu leiden haben.

Gewerkschaften und Partei.

b. Nachdem die Generalkommission der freien Gewerkschaften gegenüber dem „Vorwärts“ nachdrücklich für die Verwirklichung des Mitbestimmungsrechts im Parteistreit verfochten hat, wendet sich das Zentralorgan der sozialdemokratischen Minderheit erneut gegen diesen gewerkschaftlichen Standpunkt. In einem mehrspaltigen Leitartikel: „Wohin die Reise geht“ bemüht sich der „Vorwärts“, den Anspruch der Generalkommission dahin zu deuten, daß seine Verwirklichung die sozialdemokratische Partei nur noch in eine „Fiktion und Dependence der Generalkommission“ verwandeln würde. Die Widerlegung dieses Einwandes, der mit dem gewerkschaftlichen Verlangen eines paritätischen Mitbestimmungsrechts in gar keinem Zusammenhange steht, sich aber ganz natürlich aus dem Wunsche des „Vorwärts“ ergibt, den Gewerkschaften als solchen jedes Mitbestimmungsrecht zu versagen, kann der Generalkommission überlassen bleiben. Da jedoch der „Vorwärts“ die Generalkommission wegen ihres Anspruches auf paritätische Behandlung auch mit einem „Proteststurm“ innerhalb der Gewerkschaften selbst bedroht, sei auf die Tatsache hingewiesen, daß ein recht erheblicher Teil der Parteiorgane im Parteistreit die Auffassung der Generalkommission vertritt. Aus solcher Stellungnahme von Parteiorganen zur Politik des 4. August im allgemeinen ergibt sich mit innerer Notwendigkeit auch ihr Eintreten für die paritätische Behandlung der Gewerkschaften im besonderen. Diesen Sachverhalt veranschaulicht ein Leitartikel der Frankfurter „Volksstimme“, dessen Verfasser der Leiter des Bauarbeiterverbandes Winnig ist. Winnig fertigt die gewerkschaftliche Verwendung des „Vorwärts“ als kindliche Spielerei mit Tüfteleien über ressortmäßige Kompetenzen ab, erklärt es für selbstverständlich, daß die Gewerkschaften sich dadurch nicht abhalten lassen werden, zu tun, was jetzt ihre geschichtliche Aufgabe ist, und fährt fort:

„Die Gewerkschaften werden mit Nachdruck ausrechnen, daß sie keine andere Politik als die der heutigen Mehrheit aufheben und unterstützen können. Sie werden das tun, weil sie es müssen. Gewiß werden sie es der Partei überlassen, auf ihrem Parteitag das Urteil über die bisherige Politik zu sprechen und die Richtlinien der künftigen Politik zu ziehen. Aber gleichviel, wie diese Entscheidungen fallen mögen, — sie können die Gewerkschaften nicht zu einer grundsätzlichen anderen Haltung bewegen. Fraglich ist nur — und nur darum geht die Entscheidung — wie sich das künftige Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften gestalten wird. Eine Rolle zu spielen, wie sie die Wortführer der Minderheit den Gewerkschaften zumuten, dazu haben diese sicherlich keine Neigung. Der Sieg der Minderheit würde die Gewerkschaften höchstwahrscheinlich zwingen, in parteipolitischen Fragen völlige Enthaltsamkeit zu üben und aus sich selbst heraus Methoden und Organe zur Vertretung der Arbeiterinteressen in Gesetzgebung und Verwaltung zu entwickeln. Wer aus innerster Überzeugung die geistige Einheit zwischen Sozialismus und Arbeiterklasse, wie sie bisher in Deutschland in vorbildlicher Weise bestand, für notwendig hält, würde eine solche Entwicklung aufs tiefste bedauern müssen. Aber sie wäre die unausweichliche Folge eines Sieges der Minderheit.“

In der leitenden Stelle eines Parteiorgans wird also hier derselbe Grundatz aufgestellt, den das Wochenblatt des Bauarbeiterverbandes für den Fall einer Spaltung der sozialdemokratischen Partei wiederholt in die Worte gekleidet hat: „Sollte das aber eintreten, nun, dann zweifeln wir nicht, daß die Gewerkschaften groß und stark genug sein werden, um ihrerseits das Aktionszentrum zu schaffen, ohne das die Arbeiterklasse ihren drängenden Aufgaben nicht genügen kann.“

Schlesien.

Zu den neuen Verordnungen über Zuder.

§§ Berlin, 4. Februar. Der Bundesrat hat, wie bereits mitgeteilt worden ist, gestern mehrere Verordnungen über den Kreis des nach dem 1. Oktober 1916 hergestellten Rohzuckers, ferner über die Mindestpreise für Rüben und über die Verwendung von Verbrauchszucker beschlossen. Der Zweck dieser Verordnung ist, den Landwirten einen Anreiz zum Anbau von Zuckerrüben zu geben, und die Verfeinerung von Verbrauchszucker, sowie seine Verwendung zur Herstellung von Branntwein zu verhindern. Die Notwendigkeit dieser Maßregel leuchtet ein, wenn man die Tatsache bedenkt, daß unsere Zuckerrüben aus den früheren Erntezeiten so gut wie dahingekommen sind, bis auf die noch auf den Feldern stehenden, über deren Verwendung leider noch keine Entscheidung getroffen zu sein scheint! (Neb.) daß der Umfang der mit Zuckerrüben im vorigen Jahr bebauten Fläche bereits um ein volles Drittel geringer war als im Jahre vorher, und daß wir für das laufende Jahr mit einer weiteren Einschränkung des Anbaues von Zuckerrüben, also naturgemäß auch mit einer Verminderung der Herstellung von Zuder, vielleicht auf weniger als die Hälfte, zu rechnen haben. Allerdings haben wir früher nur eine Hälfte des in Deutschland hergestellten Zuckers

im Inlande verbraucht; die andere ist bis zum Kriege ausgeführt worden. Während des Krieges wird aber der Zuder infolge des Fortfalls oder der Verminderung verschiedener anderer Lebensmittel in größerer Menge gebraucht als in Friedenszeiten. Bei Beginn des Krieges hielt man unsere Zuckervorräte, die ja nun nicht mehr nach dem Auslande ausgeführt wurden, außer zu ganz dringenden Austauschzwecken, für unerschöpflich. Da man aber nicht mit der unerwarteten starken Verminderung unserer Kraftfuttermittel gerechnet hatte, ging, da man den Futterwert des Zuckers auch für das Vieh erkannt hatte, bald ein wesentlicher Teil sogar des verteuerten Verbrauchszuckers, zur Fütterung des Viehes darauf, namentlich zur Fütterung von Pferden in den Großstädten. Außerdem wurde auf den Wert des Zuckers als Ersatz für die durch den Mangel an Getreide bedingte Verminderung der Nährwerte mit Erfolg aufmerksam gemacht, und ebenso brauchte man mehr Zuder für die gesteigerte Herstellung von Obstmus und dergl. Andererseits glaubte man den Anbau von Zuckerrüben im Interesse einer Steigerung der Ernte an Brotgetreide einschränken zu müssen. Der Bundesrat ermächtigte zu diesem Zweck eine Einschränkung der auf Grund von Verträgen zwischen Zuckerrüben- und Landwirten zu liefernden Rübenmengen. Andererseits haben sich die Landwirte durch den auch jetzt noch nicht immer ganz gehobenen Mangel an dem für den Anbau von Zuckerrüben erforderlichen Stickstoffdünger, sowie an Arbeits- und Gespannkraften für Anbau, Bearbeitung und Einreue, sowie Fortschaffung der Zuckerrüben veranlaßt, diesen Anbau auch von sich aus einzuschränken.

Um nun diese Einschränkung im laufenden Jahre nicht bedenklich groß werden zu lassen, erscheint es angezeigt, den Landwirten einen Ersatz für die mit dem wünschenswerten Anbau von Zuckerrüben verbundenen Schwierigkeiten und Kosten zu bieten. Wenn infolge der Verordnungen des Bundesrates nach dem 1. Oktober 1916 der neue Zuder etwas teurer werden sollte, dann wird man sich sagen müssen, daß es besser ist, den Zuder in genügender Menge zu etwas höherem Preise zu bekommen, als in ungenügender Menge oder gar nicht. Jedenfalls müssen wir uns darauf einrichten, mit dem Zuder etwas sparsamer umzugehen. Dagegen, daß etwa Spekulanten sich durch die für den Zuder der nächsten Kampagne erlaubten höheren Preise verleiten lassen, auch die Bestände aus der eben abgeschlossenen Kampagne zurückzuhalten, in der Hoffnung, sie später zu den höheren Preisen loszuschlagen zu können, hat der Bundesrat natürlich Vorsorge zu treffen.

[Vom Glaser Schneeburg.] Am Freitag waren die Schneeverhältnisse für Nodel bei andauernd klarem Wetter und 2 Grad Nacht sehr gut. Auf dem Ramm ist der Schnee teilweise hart, doch auf den Waldwiesen liegt noch Pulverschnee.

k. Jauer, 3. Februar. Der Landwirtschaftliche Kreisverein hielt gestern im „Deutschen Saale“ eine gut besuchte Versammlung ab. Nach Begrüßung der Erschienenen durch den Vorsitzenden Leutnant Junger wurde die Jahresrechnung für 1915 in Einnahme auf 809 Mark, in Ausgabe auf 680 Mark festgestellt. Das Vereinsvermögen ist auf 2263 Mark gestiegen. Als Vorsitzender wurde Leutnant Junger wiedergewählt. Tierärztendirektor Dr. Richter aus Breslau hielt einen Vortrag über „Zucht und Haltung der Pferde im Kriege“, der beifällig aufgenommen wurde. In der sich anschließenden Debatte wurde bedauert, daß die früher in dem Dorfe Pöschwitz eingerichtete Versuchsanstalt des königlichen Landguts Leubus aufgehoben worden sei. Weiter wurde die Zweckmäßigkeit bzw. Notwendigkeit der Gründung eines Pferdeärztervereins für den Bezirk des Landwirtschaftlichen Kreisvereins betont. Die Vorarbeiten hierzu wurden dem Vorsitzenden und Gutsherrn Klose-Schirnis übertragen. Im weiteren Verlauf der Sitzung berichtete Dr. Joseph Weber über „Maßnahmen der Regelung beim Viehhandel“.

* Breslau, 4. Februar. Die Stadtverordnetenversammlung hält auch am nächsten Donnerstag wieder eine Sitzung ab. Von der letzten Tagesordnung sind dafür noch vier alte Vorlagen zurückgeblieben, darunter die Vorlage über die Kanalanlagengebühren, so daß wieder lange Auseinandersetzungen über die Verhältnisse des Hausbesitzes, des Baumarktes und des Grundstückshandels zu erwarten sind.

— Stadtrat Haber bezieht am Sonntag seinen 75. Geburtstag. Er ist geboren in Bries, wurde Kaufmann und gründete später in Breslau ein Harbwarengroßgeschäft, aus dem er sich vor einigen Jahren zurückzog. Seit 1877 ist er Mitglied der Breslauer Handelskammer. Seit dem Jahre 1896 gehörte er der Stadtverordnetenversammlung an, und wurde dann im Jahre 1908 zum unbesoldeten Stadtrat gewählt. Er ist u. a. Vorsitzender der städtischen Gartendeputation.

— In der Zeit vom 7. bis 19. Februar wird der Magistrat aus den städtischen Beständen Schmalz zum Preise von 0,90 Mark für das halbe Pfund an die Inhaber von Lebensmittelmarken verkaufen lassen. Der Verkauf findet in den bekannten Geschäftsstellen statt, die durch Aushänge kenntlich gemacht sind. Das Schmalz wird auf die Marke 7 verpackt.

— In die städtischen Schulfördergärten Bubbestraße 14, Gräbichenerstraße 98, Nebenstraße 5 und Berliner Straße 65 werden noch in diesem Jahre je 30 bis 40 schon im schulpflichtigen Alter stehende, aber noch nicht schulpfähige und daher vom Schulbesuch zurückgestellte Kinder unentgeltlich aufgenommen. In diesen Neueinrichtungen sollen meist bedürftige Kinder durch geeignete Pflege und Unterweisung für den späteren Schulbesuch, ähnlich wie dies in Charlottenburg geschieht, reif gemacht werden. Die Schulfördergärten sind im Sommer von 8 bis 12 Uhr und im Winter von 9 bis 11 Uhr zu besuchen. Bei Beginn des Unterrichts erhalten die Kinder ein warmes Frühstück. Mit Rücksicht auf den meist schwachen Gesundheitszustand werden die Kinder ärztlich überwacht. Eltern, deren Kinder Eltern 1916 schulpflichtig aber wegen Schulumreise vom Schulbesuch zurückgestellt werden, können diese Kinder schon jetzt zum Besuche der Schulfördergärten bei der städtischen Schulverwaltung, Gartenstraße 3, Gartenhaus II, Zimmer 9a, anmelden.

— Die Breslauer Fleischerninnung hatte eine Abordnung, bestehend aus dem Obermeister Käfel, dem Wurstfabrikanten Dietrich und dem Innungssekretär Michael, nach Berlin entsandt, um in den maßgebenden Ministerien für eine Abänderung der Bundesratsverordnung über die Einschränkung der Herstellung von Fleischkonserven und Wurst vorstellig zu werden. In Berlin erlitt die Deputation einen Unfall, indem ihr Wagen mit einem Straßenbahnwagen zusammenstieß, wobei Herr Dietrich aus dem Wagen geschleudert wurde und schwere Verletzungen erlitt.

— Aus den polizeilichen Meldungen. Gestohlen wurden: Von einem Kraftwagen am Freiburger Bahnhof in der Nacht zum 2. Februar ein Gepäckstück, in dem sich ein grauer Tuchanzug, ein Paar Schaffstiefel, eine Fellebahn, ein Knochenschädel, ein Trinkbecher fünf Weichbäse, 2 Patronen, ein Paar Fellehandschuhe und eine Pappschachtel mit Leibwäsche befanden, von einem Rollwagen am 27. Januar auf dem Wege von dem Westbahnhof nach der Tannenkieferstraße eine Pappschachtel mit der Aufschrift Ochsena 4382, in der sich Fleischextrakt befand, auf demselben Wege am 22. Januar von einem Rollwagen eine Kiste mit der Bezeichnung „Beno“ 140 784, enthaltend einen Sprechapparat. — Abhandeln gekommen ist am 2. Februar in der Zeit von 6 bis 6 Uhr nachmittags auf dem Wege von Kaiser-Wilhelm-Straße Ecke Schornhorststraße bis Gabisstraße — Morallee — Rüfnerallee ein braunes Gestell mit 86,40 Mark.

— Am 3. Februar vormittags, gegen 10 Uhr, fiel in einem Hofhof an der Striegauer Straße einem Arbeiterburschen ein Balken auf den Kopf und führte einen Unterfelsenbruch herbei. Der Verunglückte wurde nach dem Albrechts-Hospital gebracht. Kurz vor 2 Uhr nachmittags zog auf dem Rohlfen

des Bahnhofes Tannenkieferstraße 187 ein Arbeiter sich eine Fußverletzung zu, seine Überführung nach dem Wenzel-Groß-Krankenhaus erforderlich machte.

Gerichtsverhandlungen.

at. [Bodenbrücke.] Die 42jährige separierte Arbeiterfrau, Näherin Adelgunde Hedme aus Breslau hatte nach der Trennung von ihrem Mann, der ein Zuchtshäuser ist, ein Verzeihungsverhältnis mit einem 19jährigen Vorkind unterhalten. Sie selbst ist auch bereits wegen schweren Diebstahls verurteilt und hat schon zehn Jahre im Zuchthause zugebracht. Im März 1915 verlegte sie sich, angeblich durch Zeitungsbereiche angeregt, auf die Verübung von Vandalenverbrechen, die sie mit größter Frechheit am hellen Tage unternahm. Sie besuchte, ihr „Schrankzeug“ in einer kleinen Handtasche mitführend, nur von Herrschaften bewohnte Häuser, zumeist im Süden der Stadt. Eingang verschaffte sie sich durch die gewalttätige Entfernung der Schloßer von den Vandalen, das Herausreißen der Türen usw. Zumeist entwendete sie nur Wäsche, herrschaftliche Damengarderobe und Pelzgarmenten; Betten und Wirtschaftsgegenstände ließ sie unberührt liegen. Die gestohlenen wertvollen Kleidungsstücke verpackte sie in Leinwandtüchern oder verpackte sie nach der Umarbeitung, die sie selbst vornahm, für den eigenen Bedarf, um ihrem jungen Liebhaber recht gut zu gefallen. Beim Versteck der gestohlenen Sachen bediente sie sich gestohlener und gefälschter Papiere. Das Treiben der Verbrecherin, der die Kriminalpolizei eifrig nachspürte, konnte erst nach etwa neun Monaten aufgehoben werden. Am 10. Dezember 1915 erfolgte ihre Verhaftung, und bei einer Durchsuchung ihrer Wohnung wurden von verschiedenen Vandalen gestohlene seidene Damenkleidungsstücke und wertvolle Pelzwaren in Menge aufgefunden, die einen Wert von etwa 600 Mark hatten. Die Vandalen waren zumeist durch eine Versicherung gedeckt und hatten mithin keinen Schaden erlitten. Für einen Teil dieser Diebstähle (der Gesamtwert der gestohlenen Sachen wird auf etwa 20 000 Mark geschätzt) hatte sich die Angeklagte am 3. Februar vor der I. Strafkammer des Breslauer Landgerichts zu verantworten. Sie wurde zu acht Jahren Zuchthaus, zehnjährigem Ehrverlust verurteilt und unter Polizeiaufsicht gestellt. Der Staatsanwalt hatte 15 Jahre Zuchthaus gegen die gemeingefährliche Person beantragt.

Handelsteil.

Höchstpreise für Heu.

Der Bundesrat hat soeben dem Entwurf einer Bekanntmachung über Höchstpreise für Heu zugestimmt. Danach darf der Preis für die Tonne (20 Zentner) inländisches Heu beim Verlaufe durch den Erzeuger nicht übersteigen: 1. bei Heu von Kleegras (Luzerne, Espareille, Rotklee, Schwenklee, Gelbklee und Weißklee) von mindestens mittlerer Art und Güte 150 M; 2. bei Wiesen- und Feldheu (Gemisch von Süßgräsern, Kleegras und Futtererbsen) von mindestens mittlerer Art und Güte 120 M. Ist das Heu gebunden oder gepreßt, so ist ein Zuschlag von 6 M für die Tonne zulässig. Die Landeszentralbehörden sind befugt, mit Zustimmung des Reichsfinanzministers für ihr Gebiet oder Teile ihres Gebietes niedrigere Preise festzusetzen. Bei Verschiebung der Preise am Orte der landwirtschaftlichen oder gewerblichen Niederlassung des Käufers und des Verkäufers sind die für den letzteren Ort geltenden Preise maßgebend. Die Höchstpreise schließen die Kosten der Beförderung bis zur Verladestelle des Ortes, von dem das Heu mit der Bahn oder zu Wasser versandt wird, sowie die Kosten des Einladens des Heus ein. Sie gelten für Barzahlung beim Empfang.

Beim Umschlag durch den Handel dürfen den Höchstpreis Beträge zugeföhrt werden, die insgesamt für die Tonne losgebrachtes Heu 8 M, gebundenes oder gepreßtes Heu 5 M nicht übersteigen. Dieser Zuschlag umfaßt insbesondere Kommissions-, Vermittlungs- und ähnliche Gebühren, sowie alle Arten von Aufwendungen, nicht aber die Auslagen für Fracht einschließlich der durch Zusammenstellung kleinerer Lieferungen zu Sammelabladungen nachweislich entstandenen Frachtkosten. Die Preise gelten nicht für den Kleinverkauf von Heu. Als Kleinverkauf gilt der Absatz unmittelbar an Verbraucher in Mengen von nicht mehr als täglich insgesamt 5 Doppelzentner unter der Voraussetzung, daß zur Beförderung des Heus bis zum Verbrauchsort die Eisenbahn oder der Wasserweg nicht benutzt wird. Der Reichsanwalt kann Ausnahmen zulassen. Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

* Versammlung Breslauer Börseninteressenten. Breslau, 4. Februar. Politische Erwägungen blieben heute nicht ganz ohne Einwirkung auf die Stimmung in der privaten Börsenversammlung. Der Wertstand hat im allgemeinen eine wesentliche Beeinflussung nicht erfahren, wenn auch für einzelne Aktien Abschwächungen eintreten. Es war mehr eine Einschränkung des geschäftlichen Verkehrs zu bemerken. Das Gebiet der Bergwerktaktien fand einen Halt in einer weiteren Erhöhung der Notierungen am Eisenmarkt, wovon wieder Caro-Segenscheid profitierte. Die sonstigen Industriaktien veränderten sich nur unbedeutend, Schleifische Mühlenwerke begegneten einigem Interesse. Von heimischen Fonds lagen Staatsanleihen still, Schleifische landwirtschaftliche Pfandbriefe gingen etwas reger um. Täglich kühnbare Geld war angeboten.

W. W. Berlin, 4. Februar. Börsenbericht. Die Stimmung im freien Börsenverkehr erwies sich auch heute zurückhaltend und unklar. Die Kurse waren jedoch, von einzelnen Schwankungen und Rückgängen abgesehen, im allgemeinen behauptet. Als höher sind Daimler und Oberschles. Industrie zu erwähnen. Am Rentenmarkt erhielt sich in verstärktem Maße das Interesse für österreichisch-ungarische Renten.

Berlin, 4. Februar. Auslandswechsel. Amtliche Kurse für telegraphische Auszahlung. Die Banken kaufen zum Goldkurs und verkaufen zum Briefkurs.

	4. M.	5.	6.	7.	8.
New-York 1 Doll.	539	540	541	542	543
do.	541	542	543	544	545
4% Holland 100 Gul.	280%	280%	281%	282%	283%
do.	281%	282%	283%	284%	285%
5 Dänemark 100 Kr.	149%	149%	150%	150%	151%
do.	150%	150%	151%	151%	152%
5% Schweden 100 Kr.	150%	150%	151%	151%	152%
do.	150%	150%	151%	151%	152%
5% Norwegen 100 Kr.	149%	149%	150%	150%	151%

— Seitens der v. Giesche's Erben Gewerkschaft wurde die bisher der Oberschles. Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft, normals Dr. Lottisch gehörige Hüttenanlage zu Traubitz in Galizien käuflich übernommen. Außer einer größeren Zinkhütte und Zinkwerk ist dort eine modern eingerichtete Bleihütte seit drei Jahren im Betriebe. Hüttenleiter Prof. Dr. Friedrich hat lt. „Rattow. Ztg.“ am Kaisergeburtstage die Beamten des Werkes von deren Übernahme in die Dienste der Giesche's Erben in Kenntnis gesetzt.

* Berlin, 4. Februar. Produktendörse. Für greifbare oder sofort abzuladene Futterartoffeln herrschte rege Nachfrage, die indes infolge mangelnden Angebots nicht befriedigt wurde. Ferner mangeln ebenfalls gefucht und etwas höher. Mais mehl und Reismehl war vernachlässigt. Die Tendenz war im allgemeinen gut behauptet.

W. W. Berlin, 4. Februar. Frühmarkt. Im Warenhandel erweiterte Preise: Ausland. Weizenmehl 88 bis 90, Weizenmehl 115 bis 120, Strohmehl 25 bis 26, Weizenmehl 3,70, Futterartoffeln 3,40, ausländische Hirse 6,95 bis 7,05, Mohrrüben 4,00 bis 4,20, trockene geschrotete Rübenbröden 5,95 bis 6,15.

Ernstes und Heiteres zur Kriegszeit.

Was ein „Matin“-Redakteur vom jetzigen Leben in Berlin erzählt.

d. In seiner Nummer vom 1. Februar beginnt der Pariser „Matin“ mit der Veröffentlichung einer Reihe von Aufsätzen über das Leben in Deutschland. Das berühmte H.-S.-Blatt hat einen seiner Redakteure, der angeblich neutraler Nationalität ist, zunächst nach Berlin geschickt, wo sich dieser Herr zehn Tage lang aufhalten haben will. Er schreibt darüber unter anderem: „Endlich bin ich in Berlin! Bis hierher hat mich nichts auf meiner ganzen Reise mich daran gewöhnt, daß wir in Kriege leben. Der Grenzübergang war nicht schwierig — allerdings konnte ich einen Empfehlungsbrief einer deutschen Gesandtschaft (?) vorweisen, damit man mich nicht als Feind betrachte. Der Zug fuhr mit gewohnter Pünktlichkeit, die Waggons hatten ihr gewöhnliches Aussehen, bis auf den Umstand, daß die früheren größeren und belebter erschienen(?) und jetzt bei dem herrschenden Schneeeier eher einer Kirche gleich oder einem Grabmal. Die Waggons geben sich nicht allzuviel Mühe damit, meinen Zug zu verjagen und die Vorzüge meiner Fahrkarte zu verlangsamen. Mein Mensch verhielt sich nicht und fragte mich aus. Nur das kleine Plakat: „Vorsicht bei Gesprächen, Warnung vor Spionen“ erinnerte daran, daß wir nicht in normalen Zeiten leben. Auf dem Anhalter Bahnhof nahm ich ein Pferdewagen. Und hier wunderte ich mich zum erstenmal. Sonst gab es unzählige Autos in Berlin, jetzt nur noch 300, und diese gleichen eher vorhistorischen Fahrzeugen als modernen Autos. Meine Droschke kommt nur langsam vorwärts. Auf einmal will es überhaupt nicht mehr weiter gehen, der Kutscher steigt vom Bock, öffnet die Wagentüre und sagt sehr höflich: „Der Herr muß aussteigen, mein Pferd kann nicht mehr weiter, sehen Sie nur selber, wie es schwimmt.“ In der Tat steht der Gaul in Schweiß gebadet da, und bietet einen jämmerlichen Anblick. Glücklicherweise fährt ein anderer Kutscher vorbei, der mich und mein Gepäck aufnimmt. Aber nach einer Fahrt von 1500 Metern steigt auch hier der Kutscher vom Bock und macht mich darauf aufmerksam, daß der Gaul hinfällt. Erst ein dritter Wagen brachte mich in mein Hotel und jetzt wachte ich: wir leben im Kriege. Die großen Hotels scheinen unter der gegenwärtigen Lage nicht zu leiden. Sie haben augenscheinlich viele Gäste. Es sind freilich nicht dieselben wie früher, und vor allem wohnen hier viele Offiziere auf Urlaub mit ihren Familien, welche es vorgezogen, ihren Urlaub in Berlin zuzubringen statt auf dem Lande. In meinem Hotel, gegenüber dem Bahnhof Friedrichstraße, überrascht es mich, daß ich in der Halle zwei bis drei Gruppen von Herren sehe, die sehr lebhafte französische sprechen. Wie ich erfuhr, waren das Türken und Bulgaren, die sich hier malenhaft herumtreiben. Nie hat Berlin einen solchen Zustrom von Orientalen erlebt, und da diese meist kein Deutsch sprechen, so unterhalten sie sich eben auf Französisch. Besonders die Türken führen das große Wort. Mit der Mäandrierung von Gallipoli betrachten sie sich als große Sieger. Diese Türken, Bulgaren und Araber haben eine eigenartige Gefolgschaft hinter sich hergezogen, die früher die Pariser Boulevards und Wenden überflutete und sich jetzt in der Friedrichstraße und unter den Linden breit macht. Es sind das die Händler mit türkischen Teppichen, mit gewaschenen Mandeln, mit kandierten Früchten usw., die plötzlich Paris verlassen mußten und nun in Berlin ihre Geschäfte zu machen versuchen. Die Polizei legt ihnen nichts in den Weg und das Publikum hat keinen Spaß an ihnen, denn schließlich sind es doch Bundesgenossen. Ich treibe mich auch gerne wohl in den Straßen umher. Im Tiergarten, wie im Zoologischen Garten sieht man sehr viele Verwundete. Die einen werden von Mote Kreuz-Damen geführt, die anderen stützen sich auf den Arm ihrer Frau oder eines Verwandten. Kein Mensch trägt Trauer, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen. Der Kaiser hatte befohlen, keine schwarzen Kleider anzulegen (!), um im Volk die Stimmung nicht zu drücken. Die meisten Menschen tragen alles nach. Die Witwen und Mütter, die Männer und Söhne verloren haben tragen rote, gelbe und violette Kleider. Und die wenigen Frauen in Trauer drängen sich, gleichsam zum Ausgleich, in die Kinos, die Kaffeehäuser und die Varietés. Ich komme an einem Lazarett am Kurfürstendamm vorbei und erhalte durch meine Karte und meinen Empfehlungsbrief ohne Schwierigkeiten Einlass. Das Lazarett ist sehr interessant, es werden hier die Verwundeten für ihren künftigen Beruf vorbereitet. Sie lernen stenographieren und Schreibmaschine schreiben. Jeder sitzt vor seiner Maschine und tippt, so gut er kann. Sie sind im allgemeinen wenig mittelalt, aber wer ist in Deutschland nicht mittelalt? Zum Schluß seines ersten Artikels erzählt der „Matin“-Redakteur, daß er in die Hindenburg-Kolossalstatue vor der Viktoriastraße einen silbernen Nagel im Preis von 5 Mark eingeschlagen habe.

Die neue Mode.

L. S. Aus Frankfurt a. M. schreibt man uns: Wie werden wir uns kleiden? Frau Mode sitzt gefangen in Feindesland und unsere Kaufleute haben uns solange eingeredet, in Deutschland habe man keinen Geschmack, keine Ideen, keine Ahnung vom höheren Schick, daß wir es ihnen schließlich glaubten. In unendlich mühsamer Vorarbeit — galt es doch, Vorurteile zu besiegen. Selbstvertrauen zu stärken, Verzagte, unter wirtschaftlichem Druck Leidende zu gewissem Risiko zu gewinnen — sind bis jetzt, wie schon kurz berichtet, die ersten beiden Veranstaltungen des Modebundes zustande gekommen, durch die Publikum und Interessenten mit den neuen Modellschöpfungen bekannt gemacht werden. Der ausgegebene Richtungsanweisung „nach Osten“ wies auf Motiv aus Ungarn, der Türkei, Indien, Persien und half farbigen Stoffen und gediegenen Handstickereien zu schöner Gestaltung. Man sah Kostüme, Wästen, Güte, Schürzen, Spiken, Stoffe von feinstem Geschmack. Sehr interessierten Modewerke und eine Sammlung gezeigter Aufnahmen von exotischen Kostümen. Schleier wird repräsentiert durch eine Vitrine mit Giribberger Spitzen (Schleierverein für deutsche Spitzenkunst) und durch eine Gruppe von Kostümen, Blumen, Kinderkleidern, die der Verband schlesischer Textil-Kunstlerinnen ausstellt. Die Modenschau im neuen Theater war überreich bebildet worden. Graziöse Vorführdamen, deren anmutiges, stilles Gehen die einst üblichen Voireverteilungen gern vergessen ließ, zeigten in bunter Folge Straßen- und Gesellschafts-„Nachmittags- und Teekleider. Viel applaudiert wurde ein helles Sommerkleid mit starkfarbigen Stickereien, zu dem die Trägerin hohe, rote Lederstiefeln angelegt hatte. Die Farbenskala war nicht groß — viel schwarz, Seide und Tüll, weiß-blau und ein starkes Grün, mauvefarbig, weiß und weiß-schwarz gestreift. Der sehr weite Rock hingte auf der ganzen Linie. Seine neueste und wohl originellste Umwandlung ist die eines kleinen Blinderockes, der mit einem glatten Intermod am Saum verbunden ist. Gintzen hoch aufgerollte Röcke, faltige und geplüschte Fadenschöße lassen fast eine Wiederkehr der Tournüre fürchten. Die die Erscheinung der Frau stark verkürzten Röcke erhalten ein wirksames Gegengewicht in schmalen, helmartigen Hüften mit steifer, hochstrebender Garnitur.

Vincenz Chiavacci.

ml. Die Wiener Lokalliteratur hat in Chiavacci, der vorzuleben, am 2. Februar, wenige Monate vor seinem 69. Geburtstag, in Wien gestorben ist, einen ihrer besten und wertvollsten Vertreter verloren. Unter den Herrschern des Wiener Zeitungsfeuilletons durfte sich Chiavacci rühmen, der beliebteste und gelesenste zu sein. Es gab in der Tat kein edles Wiener Kind, das sich nicht mit schmerzhaftem Vergnügen an den heiteren, von echtem Humor durchdrungenen Vorträgen ergötzt hätte, in denen Chiavacci unter der Maske der „Frau Sopherl vom Nachmarkt“ seit länger als einem Menschenalter jeden Sonntag in einer Wiener Zeitung in unverfälschtem Wiener Dialekt über die Vorurteile der abgelaufenen Woche ebenso getreuen wie launigen Bericht erstattete. Diesen Wiener Dialekt beherrschte Chiavacci mit einer Virtuosität, wie sie keinem seiner Wiener Kollegen von der Tagespresse eigen war, und in der Gestalt der Frau Sopherl, eines „Weibes vom Stande“, nämlich dem Stande vom Wiener Nachmarkt, hatte er eine vollständige Figur von an-

ziehender Naturfrische und unverwundlicher Frohlaune geschaffen, in deren Wunde der warmblütige, behagliche Humor der Kaiserstadt an der Donau seinen gewinnendsten Reiz enthüllte. Man würde Chiavacci indessen unrecht tun, wenn man ihn einzig und allein nur als Tageschriftsteller gelten lassen wollte. Der glänzende Feuilletonist mit dem drahtigen, schlagkräftigen und etwas satirisch gefärbten Witz und dem überflutet an sprühenden Einfällen und scharf geprägten Schlagworten hat vielmehr vollen Anspruch auf literarische Wertung. Er war in der Tat ein echter Poet, dessen nobilitätliche Skizzen als Proben eines vollgültigen dichterischen Talentes anzusehen sind. Von diesen genüßvollen Skizzen und Novellen aus dem Wiener Volksleben, die Chiavaccis Anspruch auf literarische Wertung begründen, seien vor allem die Sammelbände „Aus dem Kleinleben der Großstadt“ und „Wiener von Grund“ genannt. Auch im Volkslied hat sich Chiavacci versucht, wobei Schöndorfer, Ganghofer und Karlweis als seine Mitarbeiter zeichneten. Mehr Erfolg, als diese Volksstücke hatten, ergab eine mit Vren geschriebene Woffe „Die von der Burgmusik“ und das mit demselben Mitarbeiter verfasste, richtiger gesagt, eingerichtete Stück, das die Frau Sopherl vom Nachmarkt mit ihrem ganzen Anhang von Gevattern und Freundinnen auf die Bühne des Josephstädter Theaters brachte und dank der Allbeliebtheit der im Mittelpunkt der Handlung stehenden Figur viel Beifall fand. Chiavacci, der mit Ganghofer zusammen auch Nestroßs gesammelte Werke herausgegeben hat, wurde am 15. Juli 1847 in Wien geboren und war schon in seiner Stellung als Eisenbahnbeamter literarisch tätig, bis er als Dreißigjähriger das Amt aufgab, um sich ganz der Schriftstellerei zu widmen.

Wirkung der Zeppeline in Paris.

r. Während einige Pariser Zeitungen, vor allem der „Figaro“ den trampfahnen Versuch machen, ihre Leser (im Ausland) davon zu überzeugen, daß der unerwartete Besuch der deutschen Zeppeline die Pariser nicht im geringsten in ihrer Gemütsruhe gestört hätte, rücken andere desto kräftiger mit der Wahrheit heraus. So schreibt Arthur Meyer im „Gaulois“: „Man gehe in irgend einen Laden, bleibe vor irgend einem Zeitungskiosk stehen und höre auf das, was die Leute sprechen überall heißt es: Wenn eine „Lauze“ einmal durchschlüpfte und der Wachsamkeit anderer Posten entgeht, das kann man verstehen. Aber ein Zeppelin! Einen Zeppelin sieht man doch und vor allem muß man ihn hören! Wie kommt es, daß viel zu spät Alarm geschlagen wurde, erst dann, als die mörderischen Bomben bereits herunterkamen? Und wenn man schon die Ankunft des deutschen Luftschiffs nicht verhindern konnte, warum hat man es denn nicht wenigstens angegriffen und zerstört, bevor es wieder verschwand? Was machen denn unsere Flieger? Wo stecken sie? Wen trifft die Verantwortung? Sollen die Zeppeline weiterhin nach Paris kommen, ohne daß jemand sich darum kümmert?“ Diese Fragen der aufgeregten Pariser sind freilich leichter gestellt als beantwortet.

Carmen Sylbas Apanage.

kf. Wie das rumänische Blatt „Independance Roumaine“ mitteilt, hat die Königinwitwe Elisabeth von Rumänien für ihre ganze Lebenszeit in aller Form auf ihre Apanage, die über 300 000 Mark im Jahre beträgt, Verzicht geleistet. Sie hat die Bestimmung getroffen, daß die ihr als Witwenlohn zustehenden Summen regelmäßig zu gemeinnützigen Zwecken verwandt werden sollen. In diesem Sinne soll bereits ihre Apanage für das abgelaufene Jahr zur Anlage eines Kanals benutzt werden, während der Betrag für 1916 zum Bau eines Erholungsheimes für Offiziere dienen soll.

Ein neuer Franz Hals.

= Aus Amsterdam wird berichtet: In dem holländischen Städtchen Alzelo ist dieser Tage ein neues Männerbild von dem Haarlemmer Meister Franz Hals entdeckt worden, nachdem es viele Jahre lang aus der Reihe der sogenannten Predigerbilder verschwunden war. Die Pastoren der protestantischen Kirche von Alzelo hatten nämlich die allhergebrachte Gewohnheit, sich nach längerer Amstättigkeit malen zu lassen, worauf das Bild der Predigerkirche eingereiht wird. Aus der Stadtkrone mußte man nun, daß sich der Alzeloofter Prediger Nikolaus Stenius (latinisierter Name des holländischen weitverbreiteten Familiennamens Steen), welcher von 1631 bis 1670 Prediger war, von Franz Hals im Haarlem malen lassen und daß das Bildnis der Predigerkirche eingezeichnet worden war. Jahrhundertlang hat man nach dem rätselhaft verschwundenen Bildnis geforscht. Dieser Tage wurde es durch einen Zufall in Utrecht geforscht. Wie verlautet, ist es im 17. Jahrhundert, vermutlich zu einer Franz Hals-Ausstellung, anlässlich des Ablebens des Künstlers, dorthin gebracht worden und kehrte nicht mehr, aus welchem Grunde weiß man nicht, nach Alzelo zurück. Kürzlich wurde nun das Bildnis zur Reinigung gegeben und bei dieser Gelegenheit traten die Urheber der des berühmten Haarlemmer Malers und die Identität des Gemalten vollständig zutage, so daß jeder Zweifel ausgeschlossen erscheint. Das Bild zeigt auch ganz allein in der genannten Alzeloofter Predigerkirche. Es wurde von Franz Hals, wie die Jahreszahl beweist, im Jahre 1650 gemalt und stellt den damals 45-jährigen Prediger Nikolaus Stenius dar im schwarzen Gewand mit weißer Halskrause, die Hand auf die Bibel gelegt und den nach links gewandten Blick dem Beschauer zugekehrt.

„Sibell.“

i. Die uralte Sache des „Sibell“ gräbt die Londoner Agenten Central News aus, natürlich zum Zweck der Stimmungsmache. Sie läßt sich nämlich als allerneueste Sensation aus Paris melden, daß die Deutschen jetzt nicht mehr mit den Russen „Hurra“ oder „Deutschland, Deutschland über alles“ angreifen, sondern den Schlußruf „Sibell“ ausstoßen. Dieses Wort sei aus den Anfangsbuchstaben der Worte des nachstehenden Satzes gebildet worden: „Hauptsache ist, daß England keine kriegt.“ — Was wir ihm ja tatsächlich alle von Herzen wünschen.

Sport und Jagd.

Reisefahrt 1916.

Außer Berlin und Breslau haben noch Renntage bewilligt erhalten: Dortmund 7 und Köln 5, letzere mit der Maßgabe, daß sie auch auf einer der Berliner Bahnen abgehalten werden können; für Hannover sind sechs Renntage in Aussicht genommen. Die Berliner Saison für die im ganzen 56 Tage zugesichert sind, soll bereits im März beginnen und zwar soll der Straußberger Verein den Reigen eröffnen. Am 16. April beginnt dann Karlshorst seine Rennen, am 7. Mai Hoppegarten und am 21. Juni Grunewald. Köln will sein erstes Rennen am 24. April abhalten, Hamburg 30. April, Hamburg-Groß-Vorfeld am 1. Juni. Für das Derby-Meeting in Horn sind der 18., 23., 25. und 26. Juni in Aussicht genommen. Gegen den frühen Beginn auf der Straußberger Bahn wendet sich Herr W. Döbel in einer Aufschrift an den „Deutschen Sport“, in der er auf folgendes hinweist: Die Zahl der Berliner Hindernisrennen ist nur beschränkt. Es ist daher nur billig, wenn die Termine so gewählt werden, daß jeder Besitzer von Hindernispferden in der Lage ist, sich an den Rennen zu beteiligen. Vorsichtige Leute, die nicht Lust haben, ihre Pferde wegen der kleinen Straußberger Preise auf Arbeitsbahnen zu ruinieren, die sich in dieser Jahreszeit in unzulänglichem Zustande befinden, können Renntermine im März nicht wahrnehmen. An das im Bande befindliche Pferdmaterial werden außerdem, sobald normale Zeiten wieder eintreten und alle Rennvereine zum Tanze auffordern, große Anforderungen gestellt werden. Viele Pferde sind in den Besitz der Seeresverwaltung übergegangen, deshalb ist es ratsam, so schonend als möglich mit dem Bestand umzugehen. Straußberg und Karlshorst sollten bei der kleinen Zahl, die ihnen bewilligt ist, keine Flachrennen ausrichten, sondern sie Hindernispferden vorbehalten, und Hindernispferde sind Ende März noch nicht genügend gearbeitet.

Hamburg-Horn und Köln haben ihre ersten Renntage bereits ausgeschrieben. In Hamburg werden am 30. April nur Flachrennen gelaufen, Hindernis- und Herrenreiter sind gestrichen; sonst sind die bekannten Prüfungen des Hamburger Frühjahrsprogramms aufrecht erhalten; nur einige Abstriche hat der Verein vornehmen müssen. So sind das Montags-Rausgleichrennen und Dorn-Rennen von 12 500 auf je 8000 Mark gekürzt, das Wandsbeler-Rennen von 8000 auf 6000 Mark. Die übrigen Rennen haben dieselbe Dotierung behalten. Für die sieben Rennen des Tages ist trotz der Abstriche noch die anfängliche Summe von 66 000 Mark ausgeschrieben worden. An den Gewichtsgrenzen für die einzelnen Rennen sind nur die Änderungen vorgenommen worden, die die Verhältnisse des Krieges mit sich bringen. Von den einzelnen Prüfungen schließt das Goddorth-Rennen, für das übrigens der Ehrenpreis in Wegfall kommt, bereits am 15. Februar. Für die übrigen Monburrenzen müssen sich die Ställe bis zum 14. März, bezw. 4. April erklären. Der Kölner Verein beginnt sein Rennjahr am Ostermontag. Die Ereignisse gruppieren sich um das Kölner Frühjahrs-Montag, für welches 20 000 Mark ausgeschrieben sind. Für das über 1600 Meter führende Rennen sind vierjährige und ältere inländische und österreichisch-ungarische Pferde zugelassen; es werden 30 Unterschriften verlangt. Die Preise in dem Rennen sind um 6000 Mark gekürzt, außerdem war es in letzter Zeit Pferde aller Länder offen. Dagegen ist das Ard-Patrick-Rennen, das bisher Ausländer ausschloß, jetzt Pferden aller Länder geöffnet. Es ist aber im Preise, der bisher 12 000 Mark betrug, um die Hälfte herabgesetzt. Die übrigen Ausschreibungen umfassen fünf Flachrennen: das Wasser-Rennen 5000 Mark, Felsrennen 5000 Mark, Preis von Düsseldorf 2500 Mark, Saraband-Rennen 5000 Mark, Preis von Neus 2500 Mark. Zwei von diesen Prüfungen, der Preis von Düsseldorf und der Preis von Neus, sind deutschen und österreichischen Reitern vorbehalten. Außerdem schalten sie die Hoppegartener Pferde aus, und lassen nur solche zu, die seit dem 1. März 1916 in Rheinland, Westfalen, Hessen-Nassau und Bayern gearbeitet worden sind.

(D. N.-M.) Berlin, 3. Februar. (Mitteilg.) Seine Majestät der König haben dem Rechtsanwalt h. Oberlandesgericht Colmar i. G. Geh. Justizrat Doinet den Notar Albrecht 3. Al. mit d. Schlichte, dem Fabrikbesitzer Renie in Widraß, Kreis Grevenbroich, den Notar Albrecht 4. Al., dem Gerichtsfachmann, Notungsrat Lint in Frankfurt a. M. den Kronenorden 3. Al., dem Notar Mode mann in Köln-Mülheim, dem Hauptlehrer a. D. Lütj in Margonin, Hr. Notar i. P., u. dem Sekr. des Domkapitels in Brandenburg a. S. Flöter den Kronenorden 4. Al., dem Gemeindevorsteher Steinhilfer in Mantinghausen, Hr. Würen, den Eisenbahngutachten a. D. Schloffer in Esp., Hr. Guckrich, u. Treis in Koblenz das Verdienstkreuz in Silber, dem Gemeinde-Schreiber u. Ortsvorsteher Friedrich in Ulbersdorf, Hr. Goldberger, das Allgemeine Ehrenzeichen sowie den Schutzmannen Lieve u. Markert in Cassel die Rettungsmedaille am Bande verliehen.

Dem Bergrevierbeamten, Bergat Solender vom Bergrevier Ost-Medlinghausen ist das Bergrevier West-Medlinghausen übertragen worden. Der Berginspektor, Bergat Haffte vom Bergrevier Oberhausen ist zum Bergrevierbeamten des Reviers Ost-Medlinghausen ernannt worden.

Telegr. Witterungsberichte vom 4. Februar, vorm. 8 Uhr. Von der deutschen Seewarte zu Hamburg.

Ort	Temperatur in Cels.			Wetter	Wind	Ort	Temperatur in Cels.			Wetter	Wind	Ort	Temperatur in Cels.			Wetter	Wind
	4.	3.	4.				4.	3.	4.				4.	3.	4.		
Borkum	4	2	1	bed.	Metz.	5	1	1	bed.	Skagen	3	3	bed.	1	1	bed.	1
Kielum	2	2	1	bed.	Frankf. a. M.	1	1	1	bed.	Hannsholm	1	1	bed.	1	1	bed.	1
Hamburg	1	1	1	bed.	Karlsruhe	1	1	1	bed.	Kopenhagen	2	2	bed.	2	2	bed.	2
Swinemünde	0	0	0	bed.	München	3	3	3	bed.	Stockholm	2	2	bed.	2	2	bed.	2
Neufahrw.	1	0	0	bed.	Zugspitze	8	8	8	bed.	Hernösand	1	1	bed.	1	1	bed.	1
Memel	1	1	1	bed.	Ostende	7	7	7	bed.	Skagen	3	3	bed.	3	3	bed.	3
Aachen	7	3	3	bed.	Wissungen	9	9	9	bed.	Wien	4	4	bed.	4	4	bed.	4
Hannover	4	1	1	bed.	Heldr.	7	7	7	bed.	Karlsruhe	1	1	bed.	1	1	bed.	1
Berlin	1	1	1	bed.	Bodo.	1	1	1	bed.	Warschau	4	4	bed.	4	4	bed.	4
Dresden	1	0	0	bed.	Christiansd.	1	1	1	bed.	Wien	4	4	bed.	4	4	bed.	4
Breslau	3	3	3	bed.	Skudersnaas	1	1	1	bed.	Prag	2	2	bed.	2	2	bed.	2
Bromberg	4	3	3	bed.	Vardö	1	1	1	bed.	Belgrad	3	3	bed.	3	3	bed.	3

*) Nach. = Niederschlagsmenge, l. d. l. d. 24 Stund.
Im Osten und im Südwesten haben sich die Temperaturen wenig geändert. Im übrigen Deutschland sind sie nicht unwesentlich gestiegen. Das Wetter ist vorwiegend noch heiter und trocken.

Witterungsaussichten für den 5. Februar.
Nach den Beobachtungen der Seewarte u. d. Bresl. Sternwarte priv. angestell. Wärmes, meist trübes Wetter mit mäßigen bis frischen Winden; stellenweise Regen.

Wetternachrichten des öffentlichen Wetterdienstes.
Im Westen ist es ganz erheblich milder geworden, jedoch noch heiter geblieben; im Osten hält das heitere milde Frostwetter noch an. Wir haben am Sonntag etwas mehr Bewölkung zu erwarten, während die Tagestemperatur etwas höher ansteigt. In der kommenden Woche sind Niederschläge zu erwarten.
Wettervorhersage für Schlesien und Südpolen.
Zuweilen bewölkt, etwas milder.

Sausirauen

heißt billige Preise für Fleisch, Milch und Butter schaffen, indem Ihr alle verwendbaren

Rüdenabfälle

zur Verwertung als Viehfutter den städtischen Sammelgespannen zuführt.

Punktuell abbild. Meniscen u. Perpha.
Brillengläser, Paar Mark 3.
Optiker Garai, Albrechtstrasse 3.

Waggondecken
nur sehr gut erhaltene, garantiert wasserdichte Decken für Eisenbahnwaggons zu mieten gesucht.
Gefl. Angeb. sind zu richten an
Carl Reinhard, Breslau 10, Matthiasplatz 13.

Öffentlicher Verkauf.
Sonabend, den 5. d. Mts., vorm. 10^u. Uhr, werde ich in der hiesigen Getreidemerkthalle, für Rechnung von es angcht, öffentlich meistbietend verkaufen:
1 Waggon 13 790 kg, maßgebendes bahnmäßiges Ursprungs-Abgangs-Stations-Gewicht feuchte Kartoffel-Schnitzel, beschlagnahmefrei, per 100 kg. Lose in Breslau-West bahnnah, sofort zu disponieren und abzunehmen.
Herrmann Radlauer, vereideter Handelsmattler.

Neuheit!
Santjale
beseitigt u. Garantie unreine, grobporige, weisse Haut u. verleiht der feuchte, warme Farben. Allein erhältlich in der Schönheitspflege Anna Meyer, Taubenstraße 49.

Verantwortlich für den politischen Teil: Conrad Klein, für den provingialen und den weiteren Inhalt der Zeitung: Dr. Franz Reinecke, beide in Breslau.
Druck von Bllg. Gottl. Rosa in Breslau.

Malerarbeiten
unt. Zuficherung sol. Arbeit u. bill. Preise halte ich mich best. empfobl.
G. Puyte, Maler, Brandenburgerstr. 34.
Schach,
Domino, Gesellschaftsspiele (x in großer Auswahl, billigst.
A. Winke, Weidenstraße 5.
Bei hartnäckigem
Santjale
(auch bei heilenden Wunden) verlässlich
Dr. Rods Kuhl'salbe
(Antipruritus)
sofort Erleichterung. Topf 3,00 M.
Reichmarthapotheke Ring 44.